

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

50 (30.1.1918) Abendblatt

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Nr. 4.25...

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonelle 25 Pf....

Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei...

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben...

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktionellen Teil...

Zur kirchenpolitischen 'Neuorientierung'.

Weilersbach bei Billingen, 21. Januar 1918.

In der allgem. Finanzdebatte des badischen Landtags traten unabweidliche Momente hervor, die erkennen lassen, daß auch für die künftige badische Kirchenpolitik...

Mit Sittenprüdchen baut man keine Eisenbahnen, mit Rosenkranzbeten und mit Lammesgeduld gründen man keine Staaten...

Ohne Gesetz kein Staat, ohne Autorität kein Gesetz, ohne Gott keine Autorität...

Die Franzosen, denen das Bevölkerungsproblem durch den Krieg noch weit mehr als bisher zur eigentlichen Existenzfrage geworden ist...

Der Krieg ist ein Appell an die Gewissenskraft zu erreichen hofft, und das Heiligste der Familie auf das Niveau eines Geschäftes herabzumwürdigen sucht...

Fliegerangriffe auf England und die französische Nordküste. Weitere Angriffe der Italiener.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 30. Januar. (W.T.V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkampf.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch.

London und Southend, sowie Dünkirchen, Gravelines und Calais wurden mit Bomben beworfen.

die innere Sprache jedes Ungläubigen, der denkt. Und weiter: 'Neh beargweise es nicht, daß man ohne Religion tugendhaft sein könne...'

Darum muß 'Neu-Deutschland' auf der Basis der Religion (Kaiserort) aufgebaut werden, sonst gibt's einen Neubau auf Luftgland!

Der Krieg zur See. 30 000 Tonn.

Berlin, 29. Jan. (W.T.V. Amtlich) Neue U-Bootsverluste im mittleren und östlichen Mittelmeer: VdP Dampfer und drei Segler mit rund 30 000 Bruttoregistertonnen.

Die Mehrzahl der Dampfer war tief beladen und befand sich teils in stark gefährlichen Geleitzügen, teils einzeln unter Verhölern, und Fischdampferbedeckung fahrend auf dem Wege nach Italien, bzw. dem Orient.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Bulgarischer Kriegbericht.

Sofia, 28. Jan. (W.T.V.) Bulgarischer Heeresbericht vom 27. Januar: In verschiedenen Punkten der mazedonischen Front Artilleriefeuer.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Italien angeblich befriedigt. London, 29. Jan. (W.T.V.) Das Neutische Büro ist ermächtigt, festzustellen, daß der Besuch Delandos ein völlig befriedigendes Ergebnis gehabt habe.

Teilung der Vorräte aus Rumänien und Italien zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Berlin, 29. Jan. (W.T.V.) Sommer wieder tauchen in der Presse des In- und Auslandes Angaben über die Teilung der Vorräte...

Stochholm, 29. Jan. (W.T.V.) Heute Nacht erhielt der finnische Gesandte in Stochholm, Staatsrat Eripenberg, ein Telegramm, wonach die ge-

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Der Vorstoß feindlicher Kompanien gegen bulgarische Feldwachstellungen nordöstlich vom Doiran-See wurde abgewiesen.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Piava haben die Italiener mit starken Kräften ihre Angriffe fortgesetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Eine verfehlte Spekulation von Lloyd George.

Kopenhagen, 29. Jan. (W.T.V.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten berichtet in der englischen Geschäftszeitung 'The Times'...

Die Militerien-Konferenz. London, 29. Jan. (W.T.V.) Reuters. Lord Milner und Sir William Robertson sind gestern mit zahlreicher Begleitung nach Frankreich abgereist.

Rußland.

Die Revolution in Finnland.

Stochholm, 29. Jan. (W.T.V.) Petersburger Tel.-Agentur. In Finnland ist die Revolution der Sozialdemokratischen Anführer ausgerufen worden.

Stochholm, 29. Jan. (W.T.V.) Heute Nacht erhielt der finnische Gesandte in Stochholm, Staatsrat Eripenberg, ein Telegramm, wonach die ge-

lebliche Regierung in Helsinki noch immer im Amt ist.

Die Alandsinseln und Schweden.

Stochholm, 29. Jan. (W.T.V.) Wie Stochholmer Zeitungen berichten, traf vorgestern in Stochholm eine aus 5 Mitgliedern bestehende Abordnung von den Alandsinseln ein...

Berlin, 29. Jan. (W.T.V.) Nach Mitteilung der in Breslau verbliebenen Vertreter der Kiewer Zentral-Rada soll die ukrainische Delegation gestern von Kiew abgefahren sein.

Badischer Landtag. Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 30. Januar 1918.

Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. v. Bodemann, Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissare.

der Voranschlag des Staatsministeriums. Berichterstatter Abg. Böhm (nail.) erriecht den Bericht der Kommission, wobei er die Frage der Erhöhung der Zivilliste des niederen bezpricht...

Abg. Seubert (Str.): Durch die Militärkonvention 1870 haben wir uns großer Rechte gegeben. Heute wissen wir, daß Preußen sich nicht an die Bestimmungen hält...

Abg. Wittenmann (Fr.): Wir leben in einem monarchischen Staat und unser Volk ist monarchisch gesinnt...

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Abg. Reichen (A.): Auch ihm seien zahlreiche Klagen zugegangen in dem Sinne der Ausführungen Seuberts. Die Klagen sind sehr erheblich und allgemein.

Vertical text on the left margin: '...weh!', '...bene.', '...men unter die...', '...N. * Neulir...', '...n. Baden: Rad...', '...heim: Frau Ma...', '...August Schmid...', '...Bittwe, geb. Böhner...', '...Bauer, Paul, Wenz...', '...r. (Schutterbach)', '...er.', '...enden Vernichtung...', '...reidehandels, welche...', '...Verhandlungen des...', '...landwirtschaftlichen...', '...der Getreidebede...', '...der Landwirtschaft...', '...der Getreide- und...', '...nds für Donnerstag...', '...1/2 Uhr, eine außer...', '...den Männern der...', '...nmar', '...br: Versammlung in', '...illabfuhr.', '...ach wird das Baum...', '...Anwesenheit mit...', '...zur Abklärung w...', '...st. Die Weibliche...', '...sorgfältigst oder...', '...die anfallenden W...', '...so arach, daß die J...', '...Wagen zur Abfuhr...', '...ericht und daher a...', '...e bereitzustellen Ein...', '...werden können. G...', '...mal wärend in es', '...ergekommenen Leger...', '...holung bereit hielten...', '...nein die Güter nicht...', '...al gerührt sind.', '...be, den 22. Jan. 1918', '...t. Tiefbauamt.', '...Residenten...', '...Theater...', '...Karlsruhe...', '...Waldstrasse', '...Mittwoch bis dienst...', '...Freitag.', '...Das Gespans...', '...der Ver-', '...gangenheit', '...Darsteller:', '...Carl de Vogt', '...Carola Töle.', '...Albert Krieg...', '...sie doch', '...Albert Paulig.', '...Reiterkämpfe...', '...in', '...Mazedonien.'

Abg. Rebmann (natl.): Auch ihm seien lebhaftest Klagen gegangen über Verletzung von Badenern in preussische Truppen. Einzelne Kommandeure haben ihre Befugnisse überschritten. Es ist sogar vorgekommen, daß den Soldaten unter Strafe verboten wurde, sich an ihre Abgeordneten zu wenden. (Hört! Hört!) Seibert hat von einer Verletzung des Parlamentarismus gesprochen. Wo viel Licht, ist auch viel Schatten. Es frage sich aber, ob jetzt der gemeine Augenblick sei, diese Dinge ans Licht zu ziehen. Wir wollen sie zu einer anderen Zeit behandeln und mit allem Nachdruck auf Abhilfe dringen. Ich gebe zu, daß man 1870 manches hätte anders machen können, aber es geht nicht an, daß wir an jener großen Zeit mäkeln und als „Durcheinander“ bezeichnen, was damals geschah, was insbesondere Großherzog Friedrich I. dem Reiche für Opfer brachte. Das entbehrt aber unsere Regierung nicht, mit allem Nachdruck für Abhilfe der Mißstände zu sorgen und wir geben ihr jedes Maß von Stärkung des Rückrats hierzu.

Abg. Schell (Ztr.): Es ist mir unverständlich, wie Rebmann sich über die Ausführungen Seuberts äußert. Er hat das Recht der Kritik geübt. Ueber die Dinge muß an der Stelle gesprochen werden können, wo sie auch gehört werden. Auch mir ist eine große Reihe von Klagen gegangen, von denen ein Teil berechtigt, ein Teil weniger berechtigt sein mag. Es wurden Soldaten eingezogen, obwohl sie krank waren und deshalb Einspruch erhoben war. Im Militärdienst verschlimmerte sich die Krankheit und diese Leute wurden dann entlassen ohne Anspruch auf Rente unter Berufung darauf, daß sie schon vor dem Krieg krank waren. Ein Vermerksbuch wurde im Felde geführt, er kam in eine Anstalt und durfte trotz der Willen des Vaters nicht heim; als er schließlich doch heimgeführt wurde, erhielt der Vater, der noch drei Söhne im Felde stehen hat, eine Rechnung von 420 M. für die Verpflegung. Er ist ruiniert, wenn er sie bezahlen muß. Ein anderer wurde eingezogen, obwohl er an Augenentzündungen litt. Dieser Tage ist er gestorben. Den Angehörigen wurden Renten verweigert. Da muß ganz entschieden Remedur geschaffen werden. (Beifall.)

Abg. Kals (Soz.): Ich begreife nicht, daß Rebmann sich gegen die Besprechung dieser Dinge wandle. Wir bekommen alle Tage die lebhaftesten Klagen wegen immer derselben Sachen. Wir müssen sie zur Sprache bringen. Wann sollen wir das tun? (Abg. Witte mann: Wir sind Volkstretter!) Wir müssen das tun, sehr wo man uns braucht, nicht erst nach dem Krieg! Nicht nur Badenern, sondern auch das Volk haben große Opfer für das Reich gebracht. Es ist nicht so, daß wir uns gegen das Reich wenden, sondern nur gegen diese Auswüchse.

Abg. Reinhard (Ztr.): Gerade jetzt vor der Feldbesetzung müssen diese Dinge besprochen werden, da bei den Verurteilungen die preussischen Offiziere kein Verständnis für unsere Bedürfnisse zeigen. Ich habe mich in verschiedenen Fällen an Generalcommando, Regierung und Großherzog gewandt, ohne Erfolg! Da hilft nur noch eins, den Stier an den Hörnern zu packen und die Sache an S. M. den Kaiser zu berichten. In verschiedenen Fällen hat das sofort genützt. Ich habe heute zum erstenmal den § 2 der Konvention gehört. Darnach sollte aber das Bitten der Regierung aufhören; sie sollte sich auf die Konvention berufen und ihre Einhaltung verlangen.

Abg. Seibert (Ztr.): Er habe sich nicht gegen die Männer gewandt, die die Konvention abschlossen; er habe am wenigsten einen Vorwurf gegen den damaligen Landesherren erheben wollen und habe sich lediglich dagegen gewandt, daß die Konvention nicht eingehalten werde und daß unsere halbsoldatischen in den preussischen Regimenten schlecht behandelt werden. In der Sache hat mir auch hier Rebmann recht gegeben.

Abg. Seufschütz (N. B.): Ich habe sich ebenfalls den Klagen über die Verletzung unserer Landesherren nach Norddeutschland an, anerkennt aber die Leistungen der preussischen Offiziere.

Abg. Ketter (Ztr.): Die Leute wenden sich nur an ihre Abgeordneten, weil sie der Schuld drückt. Der Fehler ist, daß die Norddeutschen das süddeutsche Empfinden nicht kennen. Was die Reklamationen betrifft, habe er auch manche Klagen gehört. Man hat notwendige Gemeindegewalten ohne Rücksicht eingezogen. Trotz Befürwortung eines Dringenden Gesuchs durch Bezirksamt und Generalcommando für einen Rentenbeamten kann er aus seiner Schreibweise nicht loskommen, wenn auch dabei alles durcheinander geht. Keuchlich ist es mit der Zurückberufung der alten Leute; in Württemberg und Baden sind diese Dinge besser. Daher kommt sehr viel Mißbilligung bei den Soldaten und dabei. Man sollte da endlich aufhören zu bitten, sondern energischer auftreten.

Abg. Hübel (Ztr.): Die Erhöhung der Rillliste um 600 000 M. wird in der Hauptfrage begründet mit den Zuschüssen zum Hoftheater. Man sagt, das Hoftheater habe auch Stühle fern die fittendwerdend wirken. Das trifft aber nicht immer zu. Er erinnere nur daran, daß die Karlsruher Zeitung bei Aufführung des Abbe Chateaufant schrieb: Es gab eine Kleinigkeit dazu, ein solches Stück aufzuführen, das so im Widerspruch stehe mit dem heutigen Kulturgeist. Wenn solche Dinge weiter am Hoftheater geübt werden, so werde er in Anknüpfung solcher Vorlesungen am Großh. Hoftheater.

Abg. Muser (N. B.): Die Frage der Erhöhung der Rillliste geht darauf hinaus, ob die moralischen Verpflichtungen gegenüber den Hofbeamten eine Sache des Staates oder der Krone ist und zwar mit ihrem gesamten Vermögen. Dazu wäre notwendig die ganze Frage der Domänen mit einzubeziehen; er gebe aber zu, daß ein Eingriff in den Domänenverwalter hier nicht nötig sei. Die Rillliste ist wiederholt über ihre gesetzliche Höhe hinaus erhöht worden. Keiner leit durch weitestgehende Ausführungen über die Entschädigung der Verhältnisse der Rillliste die rechtliche Seite der vor dem Reichstag stehenden Frage dar und kommt zu dem Schluss: Wenn die Rillliste nicht ausreicht für die Erfüllung der Verpflichtungen, so folge daraus nicht, daß der Staat einspringen müsse, sondern dann müsse die Krone mit ihrem eigenen Vermögen haften. Wir haben eine Reihe viel dringlicherer Aufgaben und können nur bedauern, daß wir für sie die Krone des Staates nicht weiter öffnen können. Bei allem Entgegenkommen gegen die Krone, müssen wir die Rillliste absehen.

Abg. Kals (Soz.): Muser hat schon dargelegt, daß uns mit der Abschaffung der Erhöhung liegt unfreundliche Absicht gegen die Krone fern liegt. Wir könnten die Frage nur richtig beurteilen, wenn wir das Konventionen vollständig kennen würden. Im Volk hat die Frage der Erhöhung der Rillliste viel Erregung verursacht. Man sagt, die Erhöhung sei nötig zur Bewältigung von Teuerungszulagen für die Hofbeamten. Das geben wir zu. Die Krone hat aber doch auch große Gewinne an den Holzpreisen und Geländeverkäufen. Bei der Gemeindegalerie hat niemand etwas dreinzureden. Aus dem Hoftheater könnten jährlich gut 250 000 M. mehr herausgeholt werden, wenn es besser betrieben würde. Bei der Rillliste habe in den letzten Jahren eine große Sparmaßnahme stattgefunden. Darüber ist man in weiten Kreisen beunruhigt. Solange wir die gerechten Forderungen der Beamten K 3 nicht erfüllen können, müssen wir die Erhöhung ablehnen.

Abg. Kopf (Ztr.): Ich stimme mit Muser dahin überein, daß eine Auseinandersetzung über die Frage, ob die Domänen Sache des Staates oder der Krone sind, nicht

nötig ist, auch darin, daß eine Pflicht des Staates zur Erhöhung der Rillliste nicht vorliege. Wir haben aber doch eine Reihe von Nachweisen für die präferierten Verhältnisse erhalten. Wir stimmen der Erhöhung zu mit der Maßgabe, daß es sich nur um eine einmalige Bewilligung handelt und wir hoffen, daß die Regierung bis zum nächsten Etat Wandel schaffte. Auch die Verhältnisse am Hoftheater müssen geändert werden. Jetzt müssen jährlich 750 000 M. zugeflossen werden; nahezu die Hälfte der Rillliste muß aufgewendet werden zur Leistung des Zuschusses an das Hoftheater. Wenn nicht eine Einigung mit der Stadt Karlsruhe zustande kommt, wobei die Stadt die Hälfte des Zuschusses übernimmt, muß der Hof daran denken, das Theater der Stadt zu überlassen. Einmal hat die Stadt 100 000 M. bewilligt; man erwartete, daß eine Regelung erfolge. Das ist aber nicht geschehen. Es steht offenbar auf beiden Seiten. Die Residenzstadt hat doch viele Vorteile und möchte dafür sorgen, daß solche Vorteile nicht mehr notwendig werden. Beifall im Zentrum.

Abg. Rebmann (natl.): Der Krieg hat eine außerordentliche Lage für die Rillliste geschaffen und wir anerkennen die Notwendigkeit der Erhöhung. Man kann die Karlsruher Hoftheaterfrage nicht recht verstehen, wenn man nicht die historische Entwicklung des Instituts beachtet. Das Karlsruher Hoftheater war einst ein Kunstinstitut allerersten Ranges und hat großen Einfluß gewonnen durch die Genialität seiner Leiter auf das ganze Volk. Heute ist es in andere Hände übergegangen und zu einem Geldinstitut geworden. Das Karlsruher Hoftheater soll aber seinen Stand als Kulturfaktor über die Grenzen der Stadt hinaus bewahren. Es soll nicht nur in Karlsruhe, sondern auch in anderen Städten des Landes spielen und dadurch Landesankert werden. Man muß auch an die geistliche Entwicklung der Stadt Karlsruhe denken, die ohne einen eigenen Landbesitz, ohne Gemarlung ins Leben gesetzt wurde. Was sie hat, hat sie sich durch die Tätigkeit ihrer Bürger erworben. Sie ist entstanden und geworden unter anderen Bedingungen wie andere Städte. (Abg. Kopf: Sie ist aber heute sehr leistungsfähig!) Aus dem Hoftheater muß ein Kunstinstitut des ganzen Landes werden. (Abg. Kopf: Wir danken schön!) Anfänge dazu sind gemacht. Dabei lehne ich eine Beteiligungspflicht der Stadt nicht vollständig ab.

Staatsminister Freyher von Reubman dankt der Mehrheit der Kommission und den Parteien, die der Erhöhung zustimmen. Der Rillliste sind bestimmte Aufgaben geteilt zugewiesen. Dazu gehört auch der Unterhalt des Hoftheaters. Daraus, daß die Rillliste die nötige Ausstattung der Krone befreit, muß, geht doch hervor, daß, wenn sie nicht mehr dazu ausreicht, eine Erhöhung eintreten muß. Seit 1870 ist eine Erhöhung der Rillliste nicht eingetreten. Auf die Veränderung des Geldwertes ist dabei keine Rücksicht genommen. Es ist deshalb natürlich, daß sie nicht mehr ausreicht. Die nötigen Zuschüsse zum Hoftheater vermehren die Unzulänglichkeit der Rillliste, so daß eine Erhöhung von jährlich 300 000 M. nötig ist. Man verweist auf das Kronvermögen des Großherzogs, das dafür nicht in Betracht gezogen werden. Man sagt, das Hoftheater müsse lukrativ gestaltet werden. Das ist nicht so einfach. Beachtenswert ist da das, was Rebmann sagte über den Stand des Kunstinstituts. Wir erörtern den Präzedenzfall und ebenso auch der Frage der Domänen. Was kann man von den Aufgaben der Rillliste auf den Staat übernehmen und was soll mit den Domänen geschehen? Diese Fragen können nicht jetzt gelöst werden. Jetzt handelt es sich um eine augenblickliche Verlegenheit, die beseitigt werden muß. Und bei dem Vertrauen zwischen Rillliste und Volk, auf das Kopf hinwies, glaube ich, sollte sich eine Lösung zwischen den Landständen und der Krone finden lassen. Hübel hat auf eine Aufführung hingewiesen, die es schwerer mache, für die Erhöhung zu stimmen. Diese Ausgabe hängt aber nur mittelbar mit dem Hoftheater zusammen. Muser und Kopf sagten, es gebe dringlichere Aufgaben. Ich meine aber, daß wir für die Gemeinden und Beamten sofort aufwenden, 125 000 M. monatlich allein für die Gemeinden, daß man auch der Krone die nötigen Mittel gewährt werden können zur Erfüllung ihrer Pflichten. Die Militärkonvention ist 1870 vom hochseligen Großherzog geschlossen worden aus den edelsten Motiven; er glaube möglichst viel tun zu sollen zur Verwirklichung der Einheit des deutschen Volkes. Das ist aber nicht eingetreten. Die Folge ist, daß unsere Militärkonvention ungünstiger ist als die der anderen Staaten. (Abg. Dr. Schöfer: Hört!) Einen Vorbehalt haben wir aber, nämlich den der Territorialität, auf den wir immer bei Meinungsverschiedenheiten hingewiesen wurden. Wir waren nicht einverstanden mit der Art, wie Preußen die Konvention handhabt, dem muß ich aber widersprechen, wenn Seibert sagt, daß das preussische Kriegsministerium sich nicht an die Konvention halte und schalte und walte, wie in einer preussischen Provinz! Wir haben wiederholt Vorstellungen erhoben wegen des Erlasses von preussischen Truppen durch badische Truppen. Ganz läßt sich das ja nicht vermeiden. Man hat auch vor württembergischen und bayerischen Erfolg nicht Halt gemacht.

Was die Klagen über gleiche Behandlung betrifft und das Ungleichgewicht in preussischen Truppenente, so ist zu sagen, daß nicht alle Klagen begründet sind, daß es sich um eine Millionenfrage handelt, bei dem es bei Mannschaften und Offizieren auch weniger erhebliche Erhöhungen gibt, auch wiedererregene Offiziere, die das rechte Augenmaß für Soldaten aus anderen Bundesstaaten nicht haben. Die persönlichen Mängel und die große Zahl, die Schwierigkeiten des Stellungskrieges sind in Berücksichtigung zu ziehen, wenn man gerecht urteilen will. Es finden sich auch badische Soldaten unter den anderen sehr glänzend. Auch die badische Regierung hat es als Maßstab und nicht im Geiste der Konvention erachtet, daß badische Truppen nicht ungeteilt übernommen wurden. Wir sind deshalb vorzüglich geworden und zwar mit Erfolg! (Beifall.) Er versichere nicht, wie Reinhard sagen könne, daß er nichts erreicht habe, wo er doch ein Schreiben des G. K. habe, in dem seinem Wunsche entsprochen wurde. Auch die Regierung hat ihm mitgeteilt, ob sie weitere Schritte tue. Wenn alle Sandstürme nicht zurückgeschickt wurden, so sind die Badenere nicht schlechter behandelt worden als die Preußen. Einen Mann wurde vom Feldkommando der Urlaub verweigert, weil er in dem betreffenden Jahr schon 47 Tage Urlaub hatte. Die Geschäftsstelle der Truppenteile muß erhalten bleiben, die Urlaubsgesuche müssen deshalb registriert werden. Darüber, wer entbehrlich werden kann, kann nur der Befehlshaber im Feld entscheiden. Daß daneben manche persönliche Mängel unterlaufen, ist richtig. Wir erstreben eine Änderung der Konvention, die uns den anderen Bundesstaaten gleichstellt und ich habe davon dem Kriegsminister Mitteilung gemacht. Jetzt während des Krieges ist dazu die Zeit nicht. Wir setzen auf der letzten Beitrittung der Konvention, wonach in beiderseitigem Einverständnis eine Änderung oder Aufhebung der Konvention eintreten kann. Was die von Schell berührte Frage der Einziehung Erkrankter und ihre Verabschiedung betrifft, so kann den Klagen nur abgeholfen werden durch Veränderung des Rentengesetzes. Es ist gesagt worden, daß der Parlamentarismus nicht ab-, sondern zugewonnen habe. Er möchte glauben, daß das Lieberstein sei. Es ist Mißbilligung vorhanden, aber wer überlegt, ist

doch der Gefinnung, daß wir Brüder sind und zusammenhalten wollen, um das lothbare Kleinod des Reiches zu erhalten. Den Mißbilligungen und Klagen hilft man ab, indem man ihnen nachgeht und sie auf das richtige Maß zurückführt und indem man auf das Erquickliche in unserem Heerwesen hinweist. Ich bitte Sie dabei auch um Ihre Milderung.

Abg. Muser (N. B.): freut sich über die Absicht der Regierung, eine Vesterstellung Badens in der Militärkonvention zu erreichen und äußert sich nochmals zur Frage der Erhöhung der Rillliste. Zum Vermögen der Krone gehöre auch das Privatvermögen des Trägers der Krone.

Finanzminister Rheinboldt gibt noch einige Ergänzungen zu den Ausführungen des Staatsministers. Es sei nicht beabsichtigt, die Rillliste an sich zu erhöhen, sondern nur die Beamten der Rillliste der gleichen Aufgaben teilhaftig zu machen, wie die Staatsbeamten. Dazu sind 330 000 M. nötig. Damit ist aber ein Abschluß noch nicht gegeben. Nun ist gesagt worden, daß aus Einnahmen der Domänen Mehreträge kommen; das ist richtig. Der Mehretrag wurde verwendet, um ein Defizit zu decken und die Kriegszulagen für 1918 zu bezahlen. Der Fehler ist, daß die Einnahmen fixiert sind, die Ausgaben aber ständig wachsen. Diesen Verhältnissen haben alle anderen Staaten Rechnung getragen. Der Minister weist auf die Erhöhung der Rilllisten in Württemberg, Bayern, Sachsen und Hessen hin, die immer mit Befolgungen der Staatsbeamten und Wohnungsgeldzuschüssen begründet wurden. Es war vielleicht ein Fehler, daß wir nicht schon früher eine Erhöhung beantragten. Muser verlangt, der Großherzog solle sein Privatvermögen zur Vesterstellung dieser Aufgaben aufwenden. Leider ist dieses Vermögen aber nicht so groß, daß es dazu hinreicht. Die Rillliste ist aber eine nahe an eine öffentliche Verwaltung grenzende Sache mit bestimmten Aufgaben, die sonst dem Staate zufallen würden. Das Privatvermögen des Fürsten wird nirgendwo dazu herangezogen. Aus den Rilllistegütern entspringt kein Reinertrag, sondern ein Nettobetrag von 30 000 M., der aus der Rillliste gedeckt werden muß. Es ist eine moralische Pflicht, daß wir der Rillliste die Mittel gewähren, die sie bedarf zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen.

Verichterstatter Abg. Hübel (natl.) glaubt im Sinne des ganzen Hauses zu sprechen, wenn er seiner Freude Ausdruck gebe über die Erklärung des Staatsministers, daß er eine Abänderung der Militärkonvention anstrebe. Der Vorantrag des Staatsministeriums wird genehmigt, ebenso wird mit 85 gegen 17 Stimmen die beantragte Erhöhung der Rillliste um 600 000 M. für beide Jahre bewilligt. Dafür stimmen die National-Liberalen, die Rechtsliberalen Vereinigung und das Zentrum mit Ausnahme der Wga, Spang, Belger und Martin dagegen die Sozialdemokraten und die Fortschrittliche Volkspartei und die genannten Wgkernoten. Morgen vormittag 9 Uhr: Justizrat, Fortsetzung und Etat der Finanzen. Schluß 1 Uhr 15 Minuten.

Unruhen in Lyon und St. Etienne.

t. Vern, 27. Jan. Ueber die Unruhen in Lyon und St. Etienne erhält die Wiener Tagwacht einen ausführlichen, sehr interessanten Bericht, dem wir folgendes entnehmen: „In beiden Städten brachen am 16. Januar Streiks aus. In Lyon handelte es sich um einen Ausstand der Tramarbeitenden, in St. Etienne um einen solchen der Munitionsarbeiter. Am Nachmittag des 16. Januar zogen die Lyoner Demonstranten, gefolgt von zahlreichen Frauen und Kriegsrücheln, vor das Rathaus, wo der Gemeinderat gerade Sitzung hatte, und verlangten von den Behörden bessere Verteilung der Lebensmittel und den Frieden. „Gibt uns unsere Männer, gebt uns Brot!“ schrien die Frauen. Die Gendarmen wurden aufgeboten, und es kam zu blutigen Zwischenfällen, in denen es auf beiden Seiten zahlreiche Opfer gab. Das Stadthaus wurde bis in den frühen Morgen hinein belagert. Am folgenden Morgen wurden von den Streikenden in den Straßen von Lyon Parrikaden gebaut und in den drei folgenden Tagen haben die Unruhen in Lyon einen revolutionären Charakter angenommen; seitdem hat die Zensur alle Nachrichten aus Lyon unterdrückt.“

In St. Etienne hat die Regierung die Forderungen der Munitionsarbeiter schon am ersten Tage zurück, trotzdem kehrten diese nicht zur Arbeit zurück, sondern zogen demonstriert durch die Straßen und verlangten den Frieden. Von Streikenden wurde in der Nacht vom 17. zum 18. Januar das Rathaus in Brand gesetzt, das vollständig niedergebrannt ist. Die bisher als Grenzwaache an der Schweizergrenze benutzenden Gendarmen wurden nach Lyon und St. Etienne beordert, von wo sie jetzt noch nicht zurückgekehrt sind, woraus zu schließen ist, daß die Unruhen dort immer noch nicht beendet sind.

Letzte Nachrichten

Munitions-, Waffen- und Schriftenfund in Zürich. Bern, 30. Jan. (W.Z.) Schweizerische Depeschen-Agentur. Die Züricher Polizei hat in einer Scheune in Zürich Kisten mit Revolvern, Handgranaten und revolutionären

Schriften gefunden. Wie die Schweizerische Depeschen-Agentur von zürcherischer Seite erfährt, handelt es sich um insgesamt 102 Revolver, 50 Handgranaten, eine Menge Munition und Schriften und Flugblätter revolutionären Inhalts in italienischer Sprache. Es sind bereits vier Verhaftungen italienischer Staatsangehöriger vorgenommen. Die Schanne wurde von dem italienischen Anarchisten Gino Andrei, der in Zürich ein Lebensmittelgeschäft betreibt, vor einiger Zeit gemietet. Gino Andrei ist seit September in Untersuchungshaft wegen Spionageverdacht. Er ist bekannt als Herausgeber des italienischen Blattes „Madi“, das vom Bundesrat vor einiger Zeit für die Dauer von zwei Monaten wegen seiner verbeleidigenden Sprache gegen die italienische Regierung verboten wurde. Andrei ist in Italien wegen Landesverrats in contumaciam zum Tode verurteilt worden. Die neuen Bomben- und Waffensunde stehen wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem Bombenfund, der bei den Züricher Unruhen im November gemeldet worden ist. Die Untersuchung, die bisher zur Stunde noch keinen positiven Anhalt über die Herkunft der Waffen, der Munition und der Bomben ergeben. Die Schriften und Flugblätter waren ihrem Inhalt nach offenbar zur Vorbereitung im italienischen Heer und Volk bestimmt. Sie tragen keine Angabe über Druckort und Verleger.

Schwedisch-amerikanisches Schiffsabkommen. Washington, 30. Jan. (W.Z.) Reuters. Es wird mitgeteilt, daß eine vorläufige Uebereinkunft zwischen den Vereinigten Staaten und Schweden wegen der Charterung schwedischer Schiffe für die Vereinigten Staaten in London zustande gekommen ist. Die Schiffe sollen hauptsächlich für den Handel mit Südamerika verwendet werden; einige sollen jedoch Frachten nach Schweden bringen.

Die Revolution in Finnland. Selsingfors, 30. Jan. (W.Z.) Svenska Telegram Bureau. Der ausführende Arbeiterausschuss beschloß, den Arbeitern vorzuschlagen, eine Delegation des finnischen Volkes zu ernennen an Stelle des jetzt gefangenen verhafteten Senats. Diese Delegation soll zusammen mit dem Reichsrat der Arbeiter und vom Rat kontrolliert, die Regierung ausüben, bis die Arbeiter anders bestimmen. Die Regierung, die sozialistisch sein muß, ist interimistisch. Wenner übernimmt das Präsidium, Erela das Auswärtige. Der Reichsrat wird 10 Mitglieder zählen, nämlich 10 aus dem Reichsrat und 5 organisierte Selbstorganisierter Bürocr. Der Name „Senat“ wird nicht mehr vorkommen.

Stockholm, 30. Jan. (W.Z.) Svenska Telegram Bureau. Der König, der seit einigen Tagen in Schonen weilte, beschloß mit Rücksicht auf die Lage in Finnland, nach Stockholm zurückzukehren.

London, 30. Jan. (W.Z.) Reuters. Es wird jetzt mitgeteilt, daß die „Andanian“, bevor sie den Hafen erreichte, gesunken ist.

Zur Rede Czernins. Washington, 29. Jan. (Privat-Tele.) Reuters. Staatssekretär Lansing drückte seine Ueberraschung über die Nachricht aus, daß ein Exemplar der Rede des Grafen Czernin an den Präsidenten Wilson befördert worden sei, noch bevor sie in Oesterreich gehalten worden sei. Lansing erklärt, ein solches Exemplar nicht erhalten zu haben, weder vor der Veröffentlichung noch seitdem.

Lufteinwärts in Karlsruhe (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 29. Januar, mittags 2.30 Uhr —0,7 Grad, nachts 0.26 Uhr —1,3 Grad; 30. Januar, morgens 7.26 Uhr —2,2 Grad. Höchste Temperatur am 29. Jan. —0,3 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht —2,4 Grad.

Wasserstand des Rheins am 30. Januar früh: Schutterinsel 138, gefallen 4. Rehl 235, gefallen 3. Magau 397, gefallen 5. Mannheim 326, gefallen 11.

Voraussichtliche Witterung am 31. Januar: heiter oder neblig, leichter Frost.

Handelsteil. Berlin, 29. Jan. (W.Z.) Borsenzeitung. Die Börse bildete die Woche geigte die gleiche Unzufriedenheit mit. Bei den geringfügigen Umsätzen gab die Börse anfangs meist, aber nicht erheblich nach. Im späteren Verlauf war eine leichte Besserung festzustellen, die ihren Ausgangspunkt von dem Marke der Zinsen- und Bergwerksaktien nahm. Insbesondere zogen Lanza und Rhönig an. Als höher sind noch türkische Zabatellen zu nennen. Russische Prioritäten erholten sich im Verlaufe etwas. Deutsche Anleihen blieben behauptet.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer lieben, unvergesslichen, nun in Gott ruhenden Tochter
Emma Maria Balles
sagen wir unseren innigsten Dank.
Besonderen Dank für die zahlreichen Blumenspenden und Begleitung zur letzten Ruhestätte, dem hochw. Herrn Kaplan für die Spendung der hl. Sterbesakramente und die liebevollste Besuche, der ehrl. Schwester vom St. Franziskusheim für die aufopfernde Pflege, dem Altkadettenverein der Weststadt für den erhabenden Gesang und die Kranzniederlegung und den SchülerInnen der Klasse IIB der Fichteschule für den Nachruf und die Kranzniederlegung.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
V. Balles, Obersteuerverwalter.
Karlsruhe, den 30. Januar 1918.

Seimat- und Volksbücher für unsere Feldgrauen
Sind die Werke von Franz Dose
Wir nennen die folgenden:
Jakob Lindau geb. 1811, 1.00
Heinrich v. Arnslaw geb. 1812, 2.00
Franz Josef v. Wuf geb. 1813, 3.00
Karl Zell geb. 1814, 3.00

Schild diese Bücher unsere Soldaten, gebt sie in die Tasche; sie werden allüberall mit Dank empfangen u. mit Freude gelesen werden.

Reizungspreis vierter...
In Karlsruhe durch Träg...
aus Paris (Deutschland)...
1870 ohne De...
Eiterreifeilgarn, Duz...
garn, Holland, Schweiz...
italien; übriges Auslan...

Zur preussischen
Bekanntlich sind...
bezo. vorlage die...
insbesondere der...
stand gegen die Reso...
dah sie auch ein M...
Widerstand betonen...
in Preußen drauf u...
holen, der schon ein...
lich die Reform sich...
worden, so wie heu...
Wird sie aber heute...
dann wird sie in de...
In einem Artikel...
Radikalisierung der...
Lehrung des glei...
zu bemerkt der Re...
Oberlandesgerichts...
mania Nr. 3 vom...
Die Ablehnung de...
unvergleichlich eine...
Kalisierung des...
die Annahme...
stehenden Entwur...
rungen des Landtag...
eines die Spielwies...
Grenze anpannen...
einer demagogischen...
opferbereiten Volk...
Führung ihrer Rechte...
für gerecht und billi...
nur diese Tatsachen...
kennen, daß bei sol...
haus zustande kom...
andern Sinne, wie...
langes Jögern besch...
über alle Verwunde...
tellen Güter ang...
Die Ablehnung de...
unser Meinung der...
den Interessen des...
lichen Kirche seien...
si die Partei einm...
einigen, die Kultur...
dar höchsten Schu...
der Rechte und Frei...
Auf die Dauer werde...
größten Rechte u...
durch Gejejeje...
mungen gejejeje...
nisvolle und...
tellen breite...
Das Abg. Muser...
gentachten Erfahru...
dah es in einem fat...
haben auch schon be...
gen gelitten, die zu...
liche Kirche auch in...
erstickten Mann und...
Widerarbeiten bilden...
fügen, daß sie irgen...
föhrliche Sache, in...
gebende, dem Wan...
ungen unterworfen...
So winch-nswert...
gewisse Garantie...
freie Entfaltung de...
es doch vert. gilt, an...
ten, wenn sie durch...
find, wie das beim...
der Fall ist. Der...
um so gewaltiger...
Was man in sol...
um was man sich...
Entwickelung einig...
Fortschritt nicht in...
dem Bestehenden er...
welche die Gegenma...
den, dürfen aber...
nur in einer Revol...
sche hintreiben...
für die Stärke de...
berloren haben...
Eine sehr be...
Wahlreform in die...
schon des Christlich...
der vor einiger Zei...
an das Haus der W...
hat:

1. Die Zusammen...
st. dahin zu gestalt...
100 000, höchstens ab...
geordneter entfällt...
hängende Wirtschaf...
Wahlkreisen zusam...
Schleim der Verhält...
haus in allen m...
find, zu gewähren...
soll freiestens nach...
freie zugewilligt wer...
dah zur Abänderun...
legenheiten, zu bene...
und Kirche, und die...
Schule vorgehen in...
heit des Abgeordne...
Wahlkreise in and...
deren Gewerksch...
heranzuziehen, die...
gezielte festhalten...
Ueber diese Vor...
Woben der vom R...
form stellen, läßt...
die Zeit gefordert...
G. worden zu ver...
den für weitere...
den der Lösung...
begiu, die Schluß...
hier vorzuschlagen